

Deutschlands neue Verantwortung in der Außenpolitik

Reul: Blutvergießen in Kroatien endlich beenden!

Generalsekretär Herbert Reul vor der Landestagung der OMV in Stolberg:
„Deutsche Außenpolitik darf sich nicht bedeckt halten, wenn weiter unschuldige Menschen sterben. Das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Kroaten darf nicht großserbischem Hegemoniestreben geopfert werden. Um Serbien Einhalt zu gebieten, müssen sämtliche dazu geeigneten Maßnahmen und Instrumente deutscher und europäischer Außenpolitik genutzt werden. Dazu gehört weiterhin die völkerrechtliche Anerkennung Kroatiens und Sloweniens durch die Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung muß ebenfalls Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Serbien ins Auge fassen.“ Dazu gehören nach Ansicht Reuls die Suspendierung des Kooperationsabkommens der EG mit Jugoslawien von 1980, ein Handelsembargo gegenüber Jugoslawien mit teilweiser Aufhebung gegenüber Slowenien und Kroatien sowie die Anrufung des UN-Sicherheitsrates.

Reul kritisierte in diesem Zusammenhang den „seelenlosen Pragmatismus“ der Außenpolitik Außenminister Genschers, der die „Grundwerte europäischer Politik und der Charta von Paris im Fall Kroatien einfach ignoriert“.

Reul wörtlich: „Gerade hat der deutsche Außenminister in Washington feierlich den Jahrestag der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen begangen. Aber mit der friedlichen Selbstbestimmung der Kroaten zeigt er keine Solidarität, während die serbischen Kriegstreiber mit Europa Tanzbär spielen.“

Der Krieg Serbiens gegen Kroatien ist für Herbert Reul der aktuelle Anlaß in der CDU, über die neue Verantwortung Deutschlands in Europa und über eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik nachzudenken.

Reul wörtlich: „Die Union ist als stärkste Regierungspartei auch in ihren Landes-

verbänden dazu aufgefordert, zukunftsweisende Vorstellungen dazu zu entwickeln.“ Das vereinte Deutschland hat nach Meinung des Generalsekretärs einen größeren Gestaltungsraum und Einfluß in der Außenpolitik hinzugewonnen. Wer mehr mitgestalten kann, muß sich aber auch seiner größeren Verantwortung bewußt sein. Die großen außenpolitischen Herausforderungen im Jahre 1991 — vom Golfkrieg über den Völkermord an den Kurden bis zum Ringen um Selbstbestimmung der ost- und südosteuropäischen Völker — zeigen, daß die deutsche Außenpolitik ihrer neuen Rolle noch nicht gewachsen ist.

Die CDU NRW als größter CDU-Landesverband hat deshalb verstärkt außenpolitische Initiativen ergriffen. Sie will weiter daran arbeiten, das Bewußtsein für die gewachsene Verantwortung Deutschlands in der Außenpolitik fortzuentwickeln. Dies ist die Voraussetzung dafür,

daß deutsche Politik künftig für Sicherheit und Kooperation in Europa und der Welt größere Verantwortung übernimmt und so mithilft, internationale Herausforderungen und Krisen zu meistern. Die Deutschen wurden bei ihrem Streben nach freier Selbstbestimmung nicht alleingelassen. Deshalb sollten sie jetzt besonders Initiativen für das Selbstbestimmungsrecht und die Rechte von Minderheiten entwickeln. Dies kann nur gemeinsam mit einem oder mehreren europäischen Partnern erfolgen.“

Reul betonte außerdem, daß die europäische Idee der Christlich Demokratischen Union sich nie nur auf eine westeuropäische Vision beschränkt habe. So wie die Europäische Gemeinschaft keine westeuropäische Gemeinschaft sei, sondern ihrem Wesen nach allen europäischen Demokratien und Marktwirtschaften offenstehe. Das politische Ziel der CDU und das außenpolitische Ziel des vereinten Deutschlands sei deshalb auch nicht ein Klein-Europa, sondern das ganze Europa.

Asylpolitik:

Blüm schreibt an Rau

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Asylfrage bewegt viele Menschen unseres Landes. Das Asylrecht ist ein heiliges Menschenrecht. Es ist Lebensrettung für viele politisch Verfolgte. Auch viele Deutsche haben das Hitlerreich nur überlebt, weil andere Länder ihnen Zuflucht durch Asyl gewährten.

Das Asylrecht ist jedoch kein geeignetes Mittel, Not, Hunger und Elend der Welt zu beseitigen. Dafür ist eine solidarische Entwicklungs- und Friedenspolitik unersetzbar.

Wer das Asylrecht mit Aufgaben der Weltgerechtigkeit belastet, unterhöhlt es. Gegen diese Fehlentwicklung muß eine Ergänzung des Grundgesetzes uns schützen.

Die derzeitige Praxis der Verteilung der Asylbewerber im Land Nordrhein-Westfalen überlastet den ländlichen Raum. Das Flächenkriterium ist kein Maßstab für eine angemessene Verteilung der Asylbewerber. Es ist voller Ungerechtigkeit.

Über diese und andere Fragen möchte ich gerne mit Ihnen reden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Gelegenheit für dieses notwendige und dringende Gespräch geben würden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Norbert Blüm

Paragraph 218

**CDA-Gewerkschafter:
Gewerkschaft kann über ethische,
moralische und religiöse Fragen
keine Beschlüsse fassen**

Mit Blick auf die vom DGB-Bundesvorstand verabschiedete Stellungnahme zum Schwangerschaftsabbruch mit dem Ziel der Streichung des § 218 erklärte heute der amtierende Vorsitzende der DGB-Arbeitsgemeinschaft in der CDA NRW, Karl-Heinz Vorbrücken, daß die aufgestellten Forderungen des DGB-Bundesvorstandes keinen Zwang für die Gewerkschaftsmitglieder darstellen, diese Forderungen zu vertreten.

„Die mit dem Schwangerschaftsabbruch bzw. -nichtabbruch verbundenen Probleme berühren ethische, moralische und religiöse Fragen, die nur der einzelne Mensch für sich entscheiden kann“, erklärte Vorbrücken. „Hieraus entstehende Gewissenskonflikte können weder von den Gewerkschaften noch von anderen gesellschaftlichen Institutionen gelöst werden. Daher haben alle Gewerkschaftsmitglieder das Recht, Ihre Meinung zu dieser Frage auch abweichend von Beschlüssen zu vertreten.“

Vorbrücken betonte weiter, daß er selbst und die sechs DGB-Kreisvorsitzenden in NRW, die der CDA angehören, eine andere Auffassung zum § 218 vertreten, als sie im Mehrheitspapier des DGB formuliert ist.

Blüm vor Ort

Norbert Blüm besuchte Anfang Oktober ein Wohnheim für Asylbewerber in Bad

Honnet, nachdem dort ein Anschlag auf eine fünfköpfige Familie verübt worden ist. „Kriminelle Außenseiter“ hätten, so der Minister, am Montagabend Bleikugeln abgefeuert. Die Kugeln schlugen im Zimmer der Familie ein. Norbert Blüm läßt sich von der Frau aus Zentralafrika berichten, wie sie den Anschlag erlebt hat. Zwei Kugeln zertrümmerten die Fensterscheibe und blieben in der Decke stecken. Die Polizei kam zu spät, um die Täter zu überführen.

Norbert Blüm zu den verängstigten Asylbewerbern: „Denken Sie daran, daß wir alles tun wollen, daß Sie solche Sachen nicht wieder erleben.“ Die Familie jedoch lebt seit dem Anschlag in Angst.

Norbert Blüm bewegt das zuständige Sozialamt dazu, die Familien in den nächsten Tagen in einem anderen Haus unterzubringen. Der Landesvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen verurteilt die Tat. Er betont aber auch, daß das Asylrecht nicht in der Lage ist, alle Elendsprobleme dieser Welt zu beenden.

Neues aus den Vereinigungen und Sonderorganisationen

Mittelstandsvereinigung

Die Mittelstandsvereinigung der CDU NRW führte am 21. September 1991 in Gelsenkirchen eine Landesdelegiertentagung durch. Die Tagung, als Arbeitstagung zwischen zwei Wahljahren ange-setzt, hat selbstkritisch ihre eigene Position innerhalb der Landespartei beleuchtet. Der erste Tag, der mit einer internen Sitzung der Kreisvorsitzenden und des Landesvorstandes die Anträge und hier

insbesondere den Antrag „Pflegeversicherung“ formulierten, ging nahtlos über in zwei Arbeitskreise mit den Themen „Sind die Formen unserer Veranstaltungen noch zeitgemäß? Neue Wege zur politischen Arbeit“, unter Leitung von Dieter Bischoff, Mitglied des Landesvorstandes der MIT und einem zweiten Arbeitskreis zum Thema „Besinnung auf ordnungspolitische Grundsätze — Mißbrauch der Sozialgesetzgebung“, unter Leitung von Prof. Winfried Pinger MdB, Mitglied des Landesvorsitzenden der MIT und namhaften Fachleuten aus Verbänden, Gewerkschaften und Publizistik. Bei der Plenarsitzung standen die Themen „Die Politik für den Mittelstand ist Ordnungspolitik für die Soziale Marktwirtschaft“ und die „Mittelstandspolitik für die 90er Jahre als Herausforderung“ im Vordergrund.

Evangelischer Arbeitskreis

Auf der 6. Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU NRW am 28. September 1991 in Wuppertal wurde Dr. Hans Ulrich Klose MdL erneut zum Vorsitzenden gewählt.

Senioren-Union

Der 4. Landesdelegiertentag der Senioren-Union der CDU NRW fand am 4. Oktober 1991 in Bochum statt. Der Landesvorsitzende Dr. Norbert Blüm MdB forderte als Hauptredner der Veranstaltung Solidarität für die Altenpflege.

Norbert Blüm wörtlich: „Ich bin verärgert über die Undankbarkeit, mit der unsere Erfolge im sozialen Bereich ignoriert werden.“ Ausführlich widmete sich Blüm deshalb dem Thema: „Menschenwürdige Pflege im Alter.“

Der Minister rannte mit seinen Ausführungen offene Türen ein: So forderten auch die Delegierten des Erftkreises in einem Antrag: Wichtigste sozialpolitische Aufgabe sei die Einführung einer Pflegevorsorge in Form einer Versicherung. Die Finanzierung solle im „Umlageverfahren“ gesichert werden.

Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung

Auf der 4. Landestagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU NRW am 5. Oktober 1991 in Stolberg wurde Dr. Herbert Hupka als Vorsitzender bestätigt.

Termine

28. 10. 1991	Kreisparteitag Mülheim
2. 11. 1991	Kreisparteitag Rhein-Sieg-Kreis
6. 11. 1991	Kreisparteitag Düren
8.—10. 11. 1991	Begegnungstreffen der FU-Landesvorstände Brandenburg und NRW
	Auskünfte: Frau Illbruck Telefon (02 11) 1 36 00-45
14. 3. 1992	9. Landesparteitag

Bonn-Bad
Godesberg